



STAATLICHE KONTROLLE VON KÜCHENSCHUBLADEN

Britischer Richter will Verkauf spitzer Küchenmesser verbieten

Von L.S. GABRIEL | Ein britischer Richter gebar vergangene Woche eine „Lösung“ für das Problem sich häufender Messerattacken. Richter Nic Madge vom Luton Crown Court im britischen Bedfordshire forderte bei seiner Abschiedsrede anlässlich seiner Pensionierung die Regierung auf, den Verkauf großer spitzer Küchenmesser zu verbieten.

Das Tragen von Messern sei in „einigen Kreisen“ zur Routine geworden, so Madge und verstärkte seine Forderung mit dem Hinweis auf die damit verbundene epidemische „Messerkriminalität“ mit oft tödlichem Ausgang. Allein 2017 zeigt eine Statistik einen Anstieg von 22 Prozent in diesem Verbrechensspektrum. In den vergangenen zwei Monaten habe es in der Grafschaft [Bedfordshire 77 Messerangriffe](#), darunter drei tödliche gegeben.

Die Küchenschubladen-Zensurverordnung

Nur noch ausgesuchte – und damit überprüfte – Personen, wie zum Beispiel Metzger sollten das Recht haben solche Messer zu erwerben. Als zusätzliche Verordnung schlug er vor, spitze

Messer müssten abgerundet werden.

Den Tätern gegenüber lässt er aber viel „Einfühlungsvermögen“ und Blindheit gegenüber der Kausalität der Messerfolklore im islamverseuchten Luton, wo nicht aus Zufall Tommy Robinson einst die „English Defence League“ gründete, vermuten, als er sagte: „Diese Vergehen wirken oft unmotiviert – ein Junge wurde erstochen, weil er sich vor ein paar Jahren in seiner Grundschule gestritten hat“, also, nur schlecht erzogen oder etwas verwirrt.

Erst im März wurden härtere Strafregelungen für Messerkriminalität beschlossen. Eine Bandenmitgliedschaft oder das Tragen einer versteckten Waffe werden seither als erschwerende Faktoren gewertet, die eine Haftstrafe erhöhen können.

Ein strengeres Waffengesetz per se helfe aber nur wenig gegen diese Verbrechen, denn die überwiegende Mehrheit habe eben lediglich ein Küchenmesser aus einer Besteckschublade genommen, argumentierte Madge.

Stuhlkreise für Messerorks

Zuletzt steckte die islamsubmissive britische Regierung rund [1,5 Millionen Euro in Werbekampagnen](#) gegen den Missbrauch von Messern für Gewalttaten. Man wolle Jugendliche dafür „sensibilisieren“ welche Konsequenzen das Tragen von Messern habe. Die ehemalige Innenministerin Amber Rudd erklärte ernsthaft: „Ich hoffe, dass jeder junge Mensch, der ernsthaft darüber nachdenkt, ein Messer zu tragen, darauf hört.“

„Ich fordere alle, die in Bezug auf Messer eine Rolle spielen – Hersteller, Geschäfte, Polizei, lokale Behörden, Regierung – auf, den Verkauf von langen spitzen Messern zu verhindern, außer in seltenen, definierten Fällen, und solche Messer durch abgerundete Enden zu ersetzen“, so der Richter.

Er schlug auch vor, dass die Polizei ein Programm organisieren

könne, bei dem Besitzer von Küchenmessern, die davor selbstverständlich „ordnungsgemäß und rechtmäßig“ für kulinarische Zwecke gekauft wurden, diese an einen Ort bringen könnten, um sie „modifizieren“ zu lassen – wo die Spitzen zu abgerundeten Enden geschliffen würden. Dass Hackebeil und Machete, die beliebten islamischen Schlachtwerkzeuge, nicht in sein Küchenschubladen-Zensurprogramm fallen schien ihm nicht in den Sinn zu kommen.

Gemäß den im Februar vom Office for National Statistics veröffentlichte Zahlen gab es in den 12 Monaten davor 215 tödliche Messerstechereien. Im Jahr davor seien es 212 Todesfälle gewesen.

Bei den Aussagen dieses Richters kann man vermuten, wie seine Urteile ausfielen und der kleine Anteil autochthoner Briten in Luton kann froh sein, dass Richter Nic Madge jetzt in Rente ist. Da der Wahnsinn und der Islam sich in Großbritannien im Galopp befinden ist sein Abgang wohl aber nicht einmal ein Tropfen auf den blutigen heißen Stein.